

# Mehr Transparenz bei TTIP begrüßt

Podiumsdiskussion über transatlantisches Freihandelsabkommen im Bocksaal

Von Uwe Jauff

LEUTKIRCH - In einem sind sich die fünf Teilnehmer einer Podiumsdiskussion zum umstrittenen transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) im Leutkircher Bocksaal einig gewesen: Es sei gut, dass die entsprechenden Verhandlungen der EU mit den USA inzwischen transparenter geworden seien. Wie bei solchen Abkommen üblich, hätte der Inhalt erst nach dem Abschluss der Gespräche an die Öffentlichkeit gebracht werden sollen. Bei TTIP wird aber nach entsprechenden Protesten bereits jetzt zumindest allgemein über die einzelnen Schritte informiert.

Eingeladen zur Veranstaltung am Freitagabend hatte das Energiebündnis Leutkirch. Moderator war Hendrik Groth, Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung. Rund 120 Zuhörer wollten hören, was die fünf Diskutanten zu TTIP zu sagen haben. In Deutschland ist das Abkommen vor allem deshalb stark umstritten, weil Teile der Bevölkerung eine Absenkung der hiesigen Standards in verschiedenen Bereichen fürchten, etwa bei der Lebensmittelsicherheit. Zudem wird besonders von eher links stehenden Politikern der beabsichtigte Investorenschutz attackiert. Er würde Unternehmen Schadenersatzklagen ermöglichen, sollten Regie-

rungen politische Entscheidungen treffen, die Investitionen schädigen.

Zuerst kam Maria Heubuch zu Wort. Die Leutkircher Landwirtin sitzt für die Grünen im Europaparlament. Sie verwies darauf, dass TTIP „umfassende Bereiche des täglichen

Lebens betreffen“. Weshalb es keine Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geben dürfe. Heubuch hält es für sehr schwierig, amerikanische und europäische

Auffassungen zu einem Kompromiss zusammenzuführen. Sie glaubt zudem, dass Freihandel und ein Abbau von Zöllen nicht automatisch gut seien. Auch ein Schutz des heimischen Gewerbes könne sinnvoll sein.

Als ein weiterer Abgeordneter saß Waldemar Westermayer auf dem Podium. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Leutkirch bewirtschaftet einen Hof und leitet zudem den Bauernverband Allgäu-Oberschwaben. Westermayer verteidigte die anfängliche Verschlossenheit der TTIP-Verhandlungen. Er befürwortet aber, dass „die Dinge nun öffentlich angesprochen werden“. Westmayer betonte, dass ein automatisches Durchwinken von TTIP in der Politik längst nicht ausgemacht sei: „Wenn die USA kompromisslos auf ihren Standards bestehen, machen wir nicht mit.“

Waldemar Westermayer bekam Unterstützung vom SPD-Bundestagsabgeordneten Karl Heinz Brun-

ner. Er vertritt den Wahlkreis Neu-Ulm. Brunner meint, es sei durchaus in Ordnung, erst einmal „gewisse Verhandlungen nicht öffentlich zu führen“. Dann müsse man aber an die Öffentlichkeit gehen. Er argumentierte unter anderem damit, dass auch die Amerikaner teilweise hohe Standards hätten. So sei bei ihnen die Angst vor Bakterien groß, weshalb in Übersee der Handel mit dem in Europa sehr beliebten Rohmilchkäse verboten sei. Es müssten letztendlich Regeln gefunden werden, mit denen beide Verhandlungspartner leben könnten.

Vierter Diskutant war Dieter Broszio von der Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben. Er leitet dort das Geschäftsfeld International. Broszio meinte, durch die verstärkte Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen könnten Befürchtungen unter der Bevölkerung

entkräftet werden. Er sieht das Abkommen als Chance für eine positive Entwicklung der Wirtschaft. Es gebe „große Zolleinsparungen“. Arbeitsplätze würden entstehen. Broszio definierte, um was es sich bei TTIP letztlich handle: „Der Kernbereich dreht sich um den Abbau von Zöllen und die Vereinheitlichung von Standards.“ Wobei er nicht glaubt, dass europäische Standards für TTIP geopfert würden.

Auf dem Podium diskutierte auch Gottfried Härle mit. Er ist Vorstandsmitglied im Verein Unternehmensgrün, fungiert als Vorsitzender des Leutkircher Energiebündnisses und leitet die örtliche Härle Brauerei. Härle sieht die hiesigen Standards stark in Gefahr. Als Beispiel brachte er den Markenschutz. Nach seinem Eindruck könnte künftig bayerisches Bier oder Schwarzwälder Schinken aus den USA kommen. Härle bemän-

gelte, dass die USA keine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel kenne. Das beabsichtigte Schiedsgerichtsverfahren zum Investorenschutz sieht er „als Einfallstor für amerikanische Großunternehmen“. Härle glaubt, europäische Regierungen müssten mit hohen Entschädigungszahlen rechnen, wenn sie eine Politik betreiben würden, die solchen Konzernen nicht ins Konzept passe.

Die Verhandlungen zu TTIP zwischen der EU und den USA laufen seit 2013. Ihr Abschluss ist Ende 2015 geplant. Inhaltlich ist noch vieles unklar. So kann es durchaus möglich sein, dass der Investorenschutz außen vor bleibt. Dies gilt gegenwärtig auch für öffentliche Dienstleistungen, Wasserversorgung und Bildung. Trotz einer vermehrten Transparenz scheint aber eine akkurate Information zu Einzelheiten zu fehlen.



Teils heftige Diskussionen über TTIP hat es am Freitagabend im Bocksaal gegeben. Auf dem Podium saßen (von links): Waldemar Westermayer (CDU-Bundestagsabgeordneter), Karl Heinz Brunner (SPD-Bundestagsabgeordneter), Maria Heubuch (Europaabgeordnete der Grünen), Hendrik Groth (Moderator und SZ-Chefredakteur), Dieter Broszio (IHK Bodensee-Oberschwaben) und Gottfried Härle (Verein Unternehmensgrün). FOTO: UWE JAUSS